

Deutsche Uhrmacher-Zeitung



Bezugspreis

in Deutschland und Österreich-Ungarn bei der Geschäftsstelle bestellt vierteljährlich 2 Mark, jährlich 7,75 Mark voranzahlbar. Bestellungen nimmt ferner jede Postanstalt oder Buchhandlung zum Preise von 1,00 Mark vierteljährlich entgegen

Bezugspreis fürs Ausland jährlich 8,50 Mark voranzahlbar

Postscheck-Konto: 2501 Berlin
Bank-Konto: Disconto-Gesellschaft Depositen-Kasse Berlin, Lindenstraße Nr. 3

Kriegsaufschlag 20% auf alle Preise

Preise der Anzeigen

Die viergespaltene kleine Zeile oder deren Raum für Geschäfts- und vermischte Anzeigen 60 Pfg., für Stellen-Angebote und -Gesuche die Zeile 50 Pfg. Die ganze Zeile (400 Zeilen zu je 60 Pfg.) wird mit 200 Mark berechnet

Die Deutsche Uhrmacher-Zeitung erscheint an jedem Donnerstag wechselweise in Voll- und Zwischennummern. Die einzelne Vollnummer kostet 35 Pfg., die Zwischennummer 15 Pfg. Probenummern auf Verlangen kostenfrei

Fernsprecher: Amt Moritzplatz 12396 bis 12399

Kriegsaufschlag 20% auf alle Preise

Organ des Deutschen Uhrmacher-Bundes (E. V.)

Herausgegeben von Wilhelm Schultz, Berlin SW 68, Neuenburger Straße 8

XLI. Jahrgang

Berlin, 27. September 1917

Nummer 25

Alle Rechte für sämtliche Artikel und Abbildungen vorbehalten

Deutscher Uhrmacher-Bund

Zur Kriegslage. Die letzte Woche zeigte das altgewohnte Bild: Wütende feindliche Angriffe auf der rumänischen, italienischen und westlichen Front, die durch unsere und die uns verbündeten Truppen teils niedergehalten, teils abgeschlagen und vielfach erwidert wurden. Kleine örtliche Erfolge werden vom Feinde zu großen „Siegen“ aufgebauscht. Jede Partei erklärt, sie sei noch nie so gut dagesstanden wie augenblicklich, und es fehle nicht mehr viel zum Endsiege. Welche Berechtigung zu solcher Anschauung bei unseren Feinden vorliegt angesichts der Ereignisse in Rußland und unserer Erfolge im U-Boot-Kriege, ist allerdings nicht recht ersichtlich, kann uns aber auch gleichgültig sein. — Im Vordergrund des öffentlichen Interesses steht die

Antwort der deutschen Regierung auf die Friedensvorschlüsse des Papstes. Die deutsche Regierung erklärt darin, es liege ihr am Herzen, im Einklang mit den Wünschen Seiner Heiligkeit und der Friedenskundgebung des Reichstages vom 19. Juli d. J. brauchbare Grundlagen für einen gerechten und dauerhaften Frieden zu finden. Sie erklärt sich ferner, ohne auf Einzelheiten einzugehen, bereit, jeden Vorschlag zu unterstützen, der mit den Lebensinteressen des Deutschen Reiches und Volkes vereinbar sei, und gibt ferner der Hoffnung Ausdruck, daß es gelingen möge, die noch offenen Streitpunkte derart zu regeln, daß jedem Volke befriedigende Daseinsbedingungen geschaffen werden. In diesem versöhnlichen Geiste ist die ganze Kundgebung gehalten, und auch diejenige der österreichisch-ungarischen Regierung bewegt sich in der gleichen Richtung. Es bleibt nun abzuwarten, ob unsere Gegenpartei endlich die Ehrlichkeit unseres Friedenswillens anerkennen oder dessen Kundgebung wie bisher lediglich als Schwäche auslegen und zurückweisen wird. Inzwischen müssen wir zur Weiterführung des Kampfes das nötige Geld beschaffen durch die soeben aufgelegte

siebente Kriegsanleihe. Diese soll dem Heuchler Wilson, der die ihm aus den deutschen Städten gewordenen Antworten nicht „hinter den Spiegel stecken“ wird, auf praktischem Wege

zeigen, wie sehr das deutsche Volk geschlossen hinter seinen Fürsten und Heerführern steht, um sein Weiterbestehen zu sichern. Wir sind gewiß, daß auch unsere Kollegen ihre Opferwilligkeit und Vaterlandsliebe durch Zeichnung auf diese Anleihe nach bestem Vermögen betätigen werden, umso mehr als es sich um eine gute Kapitalanlage handelt. Jeder weiß außerdem, daß es sich um unsere und unserer Nachkommen ganze Zukunft handelt, für die kein Opfer zu groß sein darf.

Berufung zum Gehilfenprüfungs-Ausschuß der Handwerkskammer. Als stellvertretender Vorsitzender des Gehilfenprüfungs-Ausschusses ist unser Vorstandsmitglied, Herr Kollege Emil Volkell in Charlottenburg, von der Handwerkskammer Berlin berufen worden.

Die geplante Zusammenlegung der Handwerksbetriebe hat nicht mit Unrecht die Vorsitzenden verschiedener Vereine und Innungen veranlaßt, Sitzungen einzuberufen, in denen die Frage der Zusammenlegung der Uhrmacherbetriebe den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete. Die gefaßten Entschlüsse erklären fast einstimmig, daß die Uhrmacher eine Zusammenlegung der Betriebe nicht wünschen, und daß durch eine solche Maßnahme weder Feuerung noch Licht gespart werden könne. Obwohl das zutreffend ist, möchten wir dennoch nicht empfehlen, die Entschlüsse der Kollegen auf derartige Feststellungen zu beschränken. Denn fragt man die Schmiede, die Schlosser, die Installateure, die Gürtler und alle anderen Handwerker, so wird man mit nur wenigen Ausnahmen (Fleischer und Bäcker) die gleiche Antwort zu hören bekommen. Die Behörden stehen nun aber vor der Notwendigkeit, Kohlen zu sparen. Wenn alle Berufe erklären, daß gerade sie nicht sparen können, dann sieht sich die Behörde gezwungen, Zwangsvorschriften zu erlassen, unter denen die einzelnen Berufe gewiß mehr zu leiden haben werden, als wenn sie jetzt selbst Mittel und Wege angeben, auf denen sie an Licht und Kohle Ersparnisse erzielen könnten. Wir schlagen deshalb den einzelnen Vereinen vor, bei ihren Beratungen weniger darüber zu sprechen, ob sie noch sparen können oder nicht, sondern sich